

Großenhainer Unterhaltungs- und Anzeigebblatt.

Erscheinen:
Dienstag, Donnerstag und
Sonntag
mit Ausschluß der Feiertage.

Abonnement:
Vierteljährlich 10 Ngr.

Amtsblatt

des Königlichen Gerichtsamts und Stadtraths zu Großenhain.

Redaction, Druck und Verlag von Herrmann Starke in Großenhain.

Inseratenpreis:
Für den Raum einer Spalte
je 1 Ngr.

Inseratenannahme:
Bis Tags vorher spätestens
früh 10 Uhr.

N. 123.

Donnerstag, den 23. October

1873.

Den 24. October 1873 Nachmittags 5 Uhr öffentliche Sitzung der Stadtverordneten im Rathsfitzungszimmer.

Tagesordnung.

Beschlüsse des Stadtraths, die Herstellung von Gasleitung im Reithause, die Erhöhung des Wochenlohns eines Communarbeiters, die Anschaffung eines zweiten neuen Pferdes für das Communfuhrwerk, die Anschaffung eines zweiten Sprengwagens, das Mietzinsäquivalent der Lehrer betreffend, Justification der Serovikassenrechnung für 1872 und Antrag des Herrn Vicevorsteher Lehner, im Vereine mit dem Stadtrathe, bei dem

Königl. Kriegsministerium und der Ständeversammlung um Erbauung von Casernen auf Staatskosten an hiesigem Orte zu petitioniren.

Sitzung der Armenverforgungsbehörde

Donnerstag den 23. October Nachmittags 4 Uhr im Rathsfitzungszimmer.
Großenhain, den 21. October 1873.
Der Vorsitzende.

Tagesnachrichten.

Sachsen. Wegen der schweren Erkrankung Sr. Majestät des Königs wird in allen Kirchen des Landes ein öffentlicher Fürbitte-Gottesdienst für Sr. Majestät gehalten werden. (In Dresden hat derselbe bereits am 21. October Abends stattgefunden.) Die neueren, von den Doctoren Fiedler, Ulrich und Brauer unterzeichneten Bulletins über das Befinden Sr. Majestät des Königs lauten:

Pillnitz, Dienstag, 21. October, Vormittags 9 Uhr 35 Minuten. Auch diese Nacht haben Sr. Majestät der König vollkommen schlaflos zugebracht. Eine Besserung ist in keiner Weise eingetreten, das Bewußtsein ist sehr getrübt, die Kräfte sinken.

Pillnitz, Dienstag, 21. October, Nachmittags 3 Uhr. In dem Befinden Sr. Majestät des Königs ist seit heute früh eine Aenderung nicht eingetreten.

Der Director der sächs. Eisenbahn-Vaugesellschaft in Dresden, Oberbaurath Sorge, hat soeben eine Schrift herausgegeben, welche sich mit dem Bau von „Secundairbahnen“ und ihrer Bedeutung für das Königreich Sachsen beschäftigt. Er geht von der Ansicht aus, daß jedes Städtchen, will es nicht in seiner Entwicklung zurückbleiben, einer Eisenbahn-Verbindung bedarf. Nun sind namentlich in den gebirgigen Theilen Sachsens Eisenbahnbauten sehr kostspielig und der Localverkehr würde kaum die Zinsen der Baukosten einbringen. Er befürwortet daher den Bau von billig herzustellenden Secundairbahnen, die auch dem schwierigsten Terrain sich anpassen, an die bereits bestehenden Hauptbahnen sich anschließen, und sowohl den Personenverkehr, als auch den Gütertransport übernehmen, aber mit milderer Schnelligkeit fahren. Zur Erreichung des Zweckes hat der Verfasser ein sich über das ganze Königreich erstreckendes Netz von 38 solcher kleinen Bahnen ausgearbeitet, durch welche manche der jetzt projectirten großen Bahnen überflüssig würden. Beigefügt ist eine sehr übersichtliche große Karte der normalen und der projectirten Secundair-Eisenbahnen in Sachsen. Die Schrift ist bei E. Heinrich in Dresden gedruckt und vom Verfasser zu beziehen.

Ueber die Pirnaer Bank schreibt man dem „Dr. Börse- und Handelsbl.“: Einen ordnungsmäßigen Status aufzustellen, ist bei der großen Mißwirtschaft, welche bei diesem Institute geherrscht hat, bis jetzt noch nicht möglich gewesen, jedoch haben alle bis jetzt festgestellten Unterlagen einen Beweis für die Insolvenz der Firma herbeigeführt. An Depot- und Spareinlagen sind ca. 350,000 Thlr. gebucht, dem nur sehr unbedeutende flüssige Activa gegenüber stehen.

In Großschönau stürzte am Abend des 15. Octbr. eine 43 Jahre alte Frau von dem über die Mandau führenden, nur auf der einen Seite mit einem Geländer versehenen Stege in die Mandau auf große, am Ufer liegende Steine und erlitt dadurch den Tod.

In Dorfchemnitz brannte am 16. October Vormittags ein Haus nieder; zwei Knaben im Alter von sechs und drei Jahren hatten auf dem Boden mit Streichhölzchen gespielt, und dabei geriet es daselbst befindliche Stroh in Brand.

In Lugau wurde am 17. Octbr. ein Bergarbeiter auf dem „Gottessegenschachte“ von hereinbrechenden Bergen verschüttet und sofort getödtet.

Preußen. In unterrichteten Kreisen bestätigt man als wahrscheinlich, daß Fürst Bismarck in nicht ferner Zeit nach dem bevorstehenden Rücktritt des Generals v. Roon das preussische Ministerpräsidentenamt in irgend einer Form wieder übernehmen werde, und in der Weise, daß er in wichtigen Fragen, namentlich in den Beziehungen zum Reiche einen entscheidenden Einfluß ausüben könne. Einen Theil der Geschäfte würde der zu ernennende Vice-Präsident übernehmen, als welcher noch immer vielfach der Finanzminister Camphausen genannt wird. Graf Eulenburg würde in seiner bisherigen Stellung verbleiben. Die Entscheidung soll bevorstehen, wenn auch formell vielleicht erst etwas später definitiv geregelt werden.

Der Minister des Innern hat auf Grund des § 390 des deutschen Strafgesetzbuches das Wahrsagen und das Annonciren desselben als einen groben Unfug verboten.

Das Kreisgericht zu Posen hat den Erzbischof Grafen Ledochowski, welcher soweit wieder hergestellt ist, daß er bereits am Sonntag in seiner Hauskapelle Messe lesen konnte, wegen Androhung der Excommunication gegen den dortigen Religionslehrer Schröder, der die schlesische Adresse

der Staatskatholiken unterschrieben hatte, auf Grund des Gesetzes vom 13. Mai d. J. zu 300 Thlr. Geldbuße, eventuell zweimonatlichem Gefängniß verurtheilt.

Bischof Reinkens hat sich in Bonn angekauft. Damit ist die Bestimmung Bonn als Residenz des altkatholischen Bischofs und als Mittelpunkt der altkatholischen Bewegung definitiv gegeben.

Oesterreich. Die Wiener Zeitungen berichten in gehobener Stimmung über den sympathischen Empfang, den Kaiser Wilhelm bei der dortigen Bevölkerung gefunden hat. Wie man dem „Dr. J.“ meldet, ist an diesen Schilderungen durchaus nichts Ueberschwängliches. Die Zeitungsberichte bleiben vielmehr hinter der Wirklichkeit zurück, und Jedermann, der aus eigener Erfahrung spricht, muß bestätigen, daß unter allen den zahlreichen Personen aus fürstlichen Geschlechtern, die im Laufe dieses Jahres Gäste des Wiener Hofes waren, dem deutschen Kaiser der herzlichste und ausgezeichnetste Empfang seitens des Publicums zu Theil geworden ist. — Bei dem Besuche, welchen Fürst Bismarck am 18. October gegen Mittag dem Grafen Andrassy in dessen Ministerhotel abstattete, besprachen sich die Minister ohne Zeugen; weder von preussischer, noch von österreichischer Seite waren dritte Personen herbeigezogen worden.

Untern 16. October ist eine Note des Grafen Andrassy nach Konstantinopel abgegangen, welche die Beschwerden des türkischen Memorandums über Boenien Punkt für Punkt zu widerlegen sucht und des Weiteren ausführt, wie die ungewöhnliche Art der Veröffentlichung und Verwendung an die Mächte eine Beleidigung für Oesterreich darstelle, für welche eine eclatante Genugthuung zu leisten sei. Andrassy's Note enthält keinen Hinweis auf Einzelheiten der geforderten Genugthuung. Unterrichtet meinten, Oesterreich werde sich mit der Abiegung des bosnischen Gouverneurs Assim Pascha, als des geistigen Urheber des Memorandums, begnügen, wozu noch eine Erklärung des Großwesirs, welche für den Vorgang um Entschuldigung bitte, hinzuzukommen habe. Man hofft, daß die Pforte diesem Ausgange zur Begleichung des Conflicts nicht abgeneigt sein werde.

Italien. Die amtliche Zeitung veröffentlicht ein königliches Decret, durch welches die Expropriation einiger Klöster in Rom aus Gründen des öffentlichen Interesses angeordnet und für dieselben eine ihrem Werthe entsprechende Geldsumme in Rente festgesetzt wird.

Durch königl. Decret ist die Session des Parlaments geschlossen und der Beginn der neuen Session auf den 15. November anberaumt worden.

Frankreich. Das Kriegsgericht über den Marschall Bazaine hat am 18. October das Verhör des Angeklagten beendet. Aus dem Verlaufe dieser Sitzung wird Folgendes hervorgehoben: Ueber den am 24. October stattgehabten Kriegsrath und die Mission der Generale Changarnier und Cussy beim Prinzen Friedrich Karl befragt, erklärt Bazaine, als er die für den Fall einer Capitulation ihm auferlegten harten Bedingungen erfahre, sei ein Ausfall nicht mehr ausführbar gewesen; er läugnet, daß er demoralisirende Berichte im Umlauf gesetzt habe, und behauptet, vielmehr im durchaus entgegengesetzten Sinne gehandelt zu haben. Das Kriegsmaterial habe er nicht zerstört, weil er gefürchtet, daß der Feind hierfür schwere Rache nehmen werde; übrigens habe er öffentlich dem General Soleille den Befehl erteilt, die Fahnen zu verbrennen; wenn dies nicht geschehen, so sei allein die Nachlässigkeit der Offiziere zu tadeln. Nach einigen anderen kurzen Fragen wurde das Verhör geschlossen. Am 20. October begann das Zeugenverhör. Der Marschall Leboeuf deponirt in seiner Eigenschaft als ehemaliger Major général der französischen Streitkräfte, daß das Obercommando des Marschalls Bazaine erst am Morgen des 13. August begonnen hat und daß Bazaine bis dahin ohne Verantwortlichkeit sei. Derselbe habe sich nicht um das Obercommando beworben. General Lebrun tadelt die unvorbereiteten und ungenügenden Maßregeln, welche zur Schlacht von Borny führten. Die Vertheidigung sucht diesen Vorwurf von Bazaine abzuwenden. Der General Jarras, seit dem 12. August Generalstabschef Bazaine's, wirft dem Letzteren vor, ihn bei Seite geschoben zu haben, was einen lebhaften Wortwechsel zwischen Bazaine und Jarras hervorruft. Graf Kératry erwähnt den Besuch von Bazaine's Gemahlin, welche für die Uebertragung des Obercommandos an Bazaine sich verwendet habe. Nachdem darauf Jules Favre über seinen Antheil an der Ernennung

Bazaine's berichtet hatte, trat der ehemalige Kriegsminister Graf v. Palikao der Aussage des Grafen Kératry entgegen.

Die Nationalversammlung wird höchst wahrscheinlich nicht vor dem 5. November zusammenberufen werden. Der Garnisonwechsel ist noch nicht beendet und man will, daß alle Truppen am Orte ihrer Bestimmung angekommen seien, ehe entscheidende Schritte geschehen. In Paris selbst ist der Garnisonwechsel beinahe beendet. Alle Regimenter sind durch solche ersetzt, auf die man zählen kann. Das Jäger-Regiment zu Pferde, in welchem der Herzog von Chartres dient, und das Artillerie-Regiment, zu dem der Herzog von Alençon gehört, bleiben in Paris und Vincennes. In royalistischen Kreisen hält man die Entscheidung der Kammer zu Gunsten der Monarchie für gesichert; man zählt auf ungefähr 380 Stimmen.

Die „Liberté“ will wissen, daß mehrere Mitglieder des Cabinets neuerdings in Folge der aus den Departementen über die feindselige Stimmung der Bevölkerung eingegangenen Nachrichten in Beziehung auf die Restaurationsfrage wieder wankend geworden seien. Für den Fall, daß die Restauration in der Assemblée nicht die Mehrheit erhalten und der Marschall Mac Mahon von der Präsidentschaft zurücktreten sollte, hätten die Monarchisten den Herzog von Aumale, die Republikaner den General Chanzy als Candidaten für das Präsidium der Republik in Aussicht genommen.

England. Die „Gazette“ verzeichnet amtlich die bereits gemeldete Ernennung einer Untersuchungscommission zur Prüfung der von Offizieren erhobenen Beschwerden.

Amerikanische Blätter melden den Wortlaut des Erkenntnisses der englisch-amerikanischen Commission über englische Schädensprüche an Amerika in Oegenrechnung zu der „Alabama“-Entschädigung. Die zugesprochene Summe ist sehr wenig ausgefallen. Die Beschädigten verlangten 95 Millionen Dollars und haben nur 1,929,819 Dollars erhalten.

Spanien. Die Blätter führen wieder bittere Klage über die französischen Behörden, die an der Grenze die Carlisten und in Cartagena die Communisten begünstigen; sie erklären, dabei, daß ihnen diese Politik Frankreichs ganz und gar unverständlich sei. Man sollte jedoch sagen, daß nichts klarer sein könne, als die Beweggründe, welche die jetzige französische Regierung veranlassen, die Schwarzen sowohl wie die Rothen in Spanien zu unterstützen. Um der alten Bourbonnenlinie auch auf der Pyrenäenhalbinsel zum Triumph und Throne zu verhelfen, werden die Anhänger und Werkzeuge Heinrich's V. jedes Mittel für erlaubt gehalten, welches die schwierige Lage der spanischen Regierung zu verschlimmern geeignet ist, gleichviel ob sie Pfaffensthum oder Jacobinerthum in Schutz und Pflege nehmen.

Der Marineminister hat das Commando des Regierungsgeschwaders vor Cartagena übernommen.

Nachrichten zufolge, die ein englischer Aviso nach Alicante überbracht hat, ist das Insurgentenschiff „Numancia“ durch einen anderen, im Besitze der Insurgenten befindlichen Dampfer, den „Fernando Católico“, in den Grund gebahrt worden; weitere Berichte von Cartagena aber melden, daß nicht ersteres, sondern das letztere Schiff lediglich infolge eines unglücklichen Zufalles in den Grund gebahrt wurde.

Türkei. Der Sultan hat, um einen Beweis seines Patriotismus zu geben, dem Staatschatz 7 Millionen Pfund in Consolides aus seiner Privatschatulle zur Disposition gestellt, um den finanziellen Operationen des Staates Erleichterung zu verschaffen. Es herrscht infolge dessen wahrhafter und allgemeiner Enthusiasmus.

Ein Rundschreiben des Ministers des Aeußern setzt die Vertreter der Pforte an den fremden Höfen von den auf Befehl des Sultans in Angriff genommenen finanziellen Reformen in Kenntniß. Das Rundschreiben betont, daß diese Reformen das Resultat eingehenden Studiums sind und von den beharrlichen Bemühungen der Regierung Zeugniß ablegen, die Finanzlage des Reiches zu verbessern und die zahlreichen Hilfsquellen des Landes fruchtbar zu machen. An der Spitze der Reformen steht die Säkularisation der Moscheengüter (Wakufs). Den Besitzern derselben werden neue Titel ausgetheilt, die ihrem Eigenthumsrechte eine ausreichende Garantie bieten werden. Der einzuführenden Besteuerung des unbeweglichen Vermögens werden auch diese Wakuf-Güter im ganzen Reiche unterworfen und zu diesem Zwecke Commissionen ad hoc eingesetzt werden, die unverzüglich die nöthigen Arbeiten beginnen werden. Diese Reform wird dem Staatschatz neue Hilfsquellen eröffnen